

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Planungsausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 06.02.2024
Sitzungsbeginn:	18:30 Uhr
Sitzungsende:	21:10 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Johanna Bergstein CDU

Mitglieder

Sabine Zedler CDU

Torben Wunderlich CDU

Vertretung für: Alina
Schultz

Wolfgang Dutsch CDU

Vertretung für: Jochen
Peter Lüchau

Willibald Ulbrich Bündnis 90 / Die Grünen

Petra Goll Bündnis 90 / Die Grünen

Tobias Kiwitt Bündnis 90 / Die Grünen

Gerrit Baars SPD

Lars-Arne Klintworth SPD

Angela Drewes WSI

Klaus Koschnitzke FDP

Umweltbeirat

Bianka Sievers Umweltbeirat

Jugendbeirat

Karolin Büßer Jugendbeirat

Merlin Tschamper Jugendbeirat

Seniorenbeirat

Gabriele Winter Seniorenbeirat

Verwaltung

Karl-Heinz Grass Fachdienstleitung

Katrin Matthies Protokollführung

Constanze Kurzhals zu TOP 4

Torben Klaucke zu TOP 6

Abwesend

Mitglieder

Alina Schultz CDU

entschuldigt

Jochen Peter Lüchau CDU

entschuldigt

Gäste:

Zu TOP 4: Herr Schreiber Firma Ramboll
Zu TOP 5.1: Herr Sengül Bauherr
 Herr Doruk Architekt
Zu TOP 5.4: Herr Rehder Bauherr

8 Einwohner*innen

3 Ratsmitglieder

2 Vertreter*innen der örtlichen Presse

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen
- 1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen
- 2 Anhörung der Beiräte
- 3 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 05.12.2023
- 4 Präsentation des Entwurfs des Lärmaktionsplans Runde IV
- 5 Einvernehmen nach dem BauGB
- 5.1 Rissener Straße 94 - Nutzungsänderung von einem Fitnesscenter in eine Beherbergungsstätte BV/2023/169
- 5.2 Holmer Straße 155e - Nutzungsänderung eines Schwesternwohnheims und einer Kita in Wohnungen für Flüchtlinge BV/2023/174
- 5.3 Am Redder 53 - Mehrfamilienwohngebäude als Übergangwohnheim 14 WE (Verlängerung der Baugenehmigung) BV/2023/175
- 5.4 Hanna-Lucas-Straße 6 - Neubau Mehrfamilienhaus BV/2024/003
- 6 Aufhebung des Bebauungsplanverfahrens zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 27d "Geestrand" sowie der zugehörigen 35. Änderung des Flächennutzungsplan BV/2023/170
- 7 Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"
- 7.1 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung
- 8 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen
- 8.1 Bericht der Verwaltung



8.2 Anfragen der Politik

8.2.1 Anfrage der SPD-Fraktion; hier: Planungen von zwei Kitas und einer Schule bzw. einem Schulzentrum im Planungsgebiet Wedel Nord ANF/2024/001

8.2.2 Sonstige Anfragen der Politik

8.3 Sonstiges

Nichtöffentlicher Teil

9 Nichtöffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 05.12.2023

10 Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen

10.1 Bericht der Verwaltung

10.2 Anfragen der Politik

10.3 Sonstiges

Öffentlicher Teil

11 Unterrichtung der Öffentlichkeit



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Es liegen keine vorangegangenen nicht beantworteten Fragen vor.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen

Es werden keine Fragen gestellt.

2 Anhörung der Beiräte

Der Umweltbeirat berichtet von einer neuen geplanten Veranstaltungsreihe, beginnend mit dem 17.04.2024 (Thema Biologische Vielfalt).

Die Vorsitzende begrüßt die zwei neuen Mitglieder des Jugendbeirates. Dieser befindet sich noch in der Einarbeitungsphase und hat daher nichts Neues zu berichten.

Der Seniorenbeirat berichtet von der sehr gut besuchten Veranstaltung am 18.01.2024 zum Thema Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung.

3 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 05.12.2023

Der öffentliche Teil des Protokolls vom 05.12.2023 wird zur Kenntnis genommen.

4 Präsentation des Entwurfs des Lärmaktionsplans Runde IV

Herr Schreiber stellt sich vor, erläutert die gesetzlichen Grundlagen zur Verpflichtung der Kommunen für die Verabschiedung eines Lärmaktionsplanes und erläutert anhand einer Präsentation die berechneten Lärmwerte für Wedel und mögliche Maßnahmen hierzu.

Die Präsentation ist als Anlage zur Sitzung im Bürgerinformationssystem hinterlegt.

Die CDU-Fraktion möchte wissen, ob als Grundlage eine Verkehrszählung erfolgt ist oder wie die Anzahl der Autos an den jeweiligen Straßen oder Knotenpunkten für die Berechnung ermittelt wird. Und ob hierbei auch die zunehmende Anzahl von Elektroautos berücksichtigt wird.

Herr Schreiber erläutert, dass die Verkehrszahlen aus unterschiedlichen Quellen zusammenkommen, größtenteils aus vorliegenden Verkehrszählungen. Die sich verändernde durchschnittliche Flottenzusammensetzung wird berücksichtigt, allerdings ist gerade bei höheren Geschwindigkeiten der Unterschied zwischen Elektro- und Verbrennermotor auf Grund der Rollgeräusche marginal.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen fragt, wieweit bei den Durchschnittswerten auch die Spitzenbelastungen berücksichtigt werden und wie verbindlich die vorgeschlagenen Maßnahmen aus dem Bericht - so er denn beschlossen werden würde - umzusetzen sind.

Herr Schreiber führt aus, dass grundsätzlich die Mittelwerte für die Berechnung angenommen werden, allerdings nicht nur arithmetisch, es seien auch die Spitzenwerte berücksichtigt. Zur Verbindlichkeit muss angemerkt werden, dass die Kommunen selbst verantwortlich sind, nach ihren Möglichkeiten die empfohlenen Maßnahmen umzusetzen, z.B. die Ausweisung von zusätzlichen Tempo-30-Bereichen. Es besteht keine einklagbare Verpflichtung.

tung zur Umsetzung. Viele der genannten Maßnahmen seien bereits in dem beschlossenen Mobilitätskonzept der Stadt Wedel enthalten.

Die Vorsitzende dankt und verabschiedet Herrn Schreiber.

5 Einvernehmen nach dem BauGB

5.1 Rissener Straße 94 - Nutzungsänderung von einem Fitnesscenter in eine Beherbergungsstätte

BV/2023/169

Die WSI-Fraktion bittet um Erläuterung, welche Nutzung mit dem Begriff Beherbergungsstätte beabsichtigt werde und ob es sich dabei auch um die Unterbringung von Flüchtlingen oder Wohnen handeln könnte.

Herr Doruk erläutert, dass dies die Definition für verschiedene Beherbergungsformen der Zimmervermietung sei, hier seien Hotelzimmervermietungen geplant. Bei der Beantragung des Vorbescheides wurde der Allgemeinbegriff Beherbergungsstätte gewählt und alle Fragen der Verwaltung hierzu beantwortet.

Die Frage der SPD-Fraktion zur Klarstellung, dass es sich somit um einen kommerziellen Betrieb mit wechselnden Gästen handeln würde, wird bejaht. Es sind ca. 26 Zimmer vorgesehen.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen möchte wissen, welche Zielgruppe angesprochen werden soll und ob auch eine Gastronomie vorgesehen ist.

Herr Sengül sieht die Zielgruppe, zu der auch Handwerker gehören könnten, zwischen den bestehenden Hotels in Wedel. Als Richtschnur wird ein Preis von 50,- für eine Übernachtung angepeilt. In der Stadt Wedel wird bereits eine Flüchtlingsunterkunft betrieben, aber für den Standort an der Rissener Straße gibt es hierzu keine Vereinbarung mit der Stadt, daher wird dort derzeit mit einem Hotel geplant. Es wird keine Gastronomie, wohl aber eine Rezeption geben.

Die FDP-Fraktion fragt, wo die notwendigen Parkplätze beispielsweise für die Handwerker nachgewiesen werden und ob ein Neubau entstehen soll.

Herr Doruk weist darauf hin, dass Handwerker nicht die vornehmliche Zielgruppe sind, aber ausreichend Parkplätze vor unter hinter dem Gebäude vorhanden sind. Das Gebäude bleibt bestehen, es wird kein Neubau geplant.

Die Vorsitzende verliest den Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Der Planungsausschuss beschließt, das Einvernehmen der Gemeinde gemäß §§ 34 und 36 Abs. 1 BauGB für die Nutzungsänderung eines Fitnesscenters in eine Beherbergungsstätte in der Rissener Straße 94 in Wedel zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	11	0	0
CDU-Fraktion	4	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0

5.2 Holmer Straße 155e - Nutzungsänderung eines Schwesternwohnheims und einer Kita in Wohnungen für Flüchtlinge**BV/2023/174**

Die FDP-Fraktion zeigt sich verwundert, dass auf dem Gelände nun Wohnnutzung möglich sein soll, nach der Kita-Betrieb dort nicht mehr erlaubt gewesen sei.

Herr Grass erläutert, dass der Bundesgesetzgeber auf Grund der besonderen Flüchtlingssituation die erleichterte Möglichkeit zur Bereitstellung von Unterbringungsmöglichkeiten im Außenbereich befristet für 3 Jahre geschaffen hat. Die Voraussetzung, dass das zu nutzende Gebäude ordnungsgemäß hergestellt wurde, liegt hier vor.

Die SPD-Fraktion möchte wissen, wie viele Menschen dort untergebracht werden sollen, Herr Grass berichtet, dass derzeit 25 Unterbringungsplätze geplant sind.

Die WSI-Fraktion teilt die Irritation, dass hier jetzt die Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten befristet möglich ist, aber es für die Kita keine Möglichkeit gab. Die Frage müsse an anderer Stelle mit anderen Personen nochmal geklärt werden. Wenn die Situation jedoch so schwierig sei, warum werde dann nur das Erdgeschoss genutzt.

Grass berichtet, dass die Gespräche hierzu zwischen dem zuständigen Fachdienst und dem Eigentümer geführt wurden. Zunächst gebe es nun eine vertragliche Einigung für einen Teil der Räume. Sollte sich die Situation verändern, können Verhandlungen über weitere Räume aufgenommen werden, da das Einvernehmen für das ganze Gebäude gelte.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen empfindet es als ärgerlich, dass der Bürgermeister nicht anwesend ist, man ihn gerne gefragt, warum es für die Kita keine solche Möglichkeit gegeben habe.

Herr Grass erinnert an die ausführliche Diskussion zur Schließung der Kita, damals hat die rechtliche Situation die Weiternutzung unmöglich gemacht. Dieses Thema sollte abgeschlossen werden. Die nun beantragte Sondernutzung habe der Bund auf Grund der Notlage für das ganze Land geschaffen. So sei beispielsweise eine solche Unterbringung auch befristet in Gewerbegebieten möglich, in denen ansonsten Wohnen grundsätzlich ausgeschlossen sei. Der Fachdienst Soziales sei dankbar für die nun vorliegende Lösung, da ein großer Bedarf bestehe. Zudem werde auf diese Weise der reguläre Wohnungsmarkt nicht zusätzlich belastet. Er bestätigt auf Nachfrage der FDP-Fraktion, dass die Stadt Wedel das Belegungsrecht für die Plätze haben wird.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen möchte noch wissen, warum diese Lösung erst jetzt vorgeschlagen wird, obwohl die Räumlichkeiten schon länger leer stehen.

Herr Grass vermutet, dass erst jetzt positive Gespräche zwischen der Stadt und dem Eigentümer zu diesem Antrag auf Nutzungsänderung geführt haben. Letztlich sei hier auch nur über das Planungsrecht zu entscheiden, die inhaltliche Diskussion müsse im Sozialausschuss erfolgen.

Die Vorsitzende verliest den Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Der Planungsausschuss beschließt, das Einvernehmen der Gemeinde gemäß § 35 i.V. mit § 246 (13) BauGB und § 36 Abs. 1 BauGB für die Nutzungsänderung eines Schwesternwohnheims und einer Kindertagesstätte in Wohnungen für Flüchtlinge in der Homer Straße 155 e in Wedel befristet auf drei Jahre zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	11	0	0
CDU-Fraktion	4	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0

5.3 Am Redder 53 - Mehrfamilienwohngebäude als Übergangswohnheim 14 WE (Verlängerung der Baugenehmigung)**BV/2023/175**

Herr Dutsch erklärt sich für diesen Tagesordnungspunkt für befangen und verlässt zur Beratung und Beschlussfassung den Ratssaal.

Es besteht kein Aussprachebedarf.

Die Vorsitzende verliest den Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Der Planungsausschuss beschließt,

das Einvernehmen der Gemeinde gemäß §§ 31 und 36 Abs. 1 BauGB für ein Mehrfamilienwohngebäude als Übergangswohnheim (Verlängerung der Baugenehmigung) in der Straße „Am Redder 53“ in Wedel zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig (bei Abwesenheit von Herrn Dutsch)

10 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	10	0	0
CDU-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0

5.4 Hanna-Lucas-Straße 6 - Neubau Mehrfamilienhaus**BV/2024/003**

Herr Dutsch erklärt sich für diesen Tagesordnungspunkt für befangen und verlässt zur Beratung und Beschlussfassung den Ratssaal.

Die FDP-Fraktion fragt nach den vorgesehenen Parkplätzen. Herr Rehder erläutert, dass es sich um sehr kleine Wohnungen für 1-2 Personen-Haushalte handelt, daher werde ein Stellplatz pro Wohneinheit als ausreichend erachtet.

Die SPD-Fraktion möchte angesichts der ausgewiesenen Behindertenparkplätze wissen, ob auch behindertengerechte Wohnungen vorgesehen sind.

Herr Rehder weist auf die Vorschriften in der Landesbauordnung hin, die selbstverständlich eingehalten werden. Daher werden die drei im Erdgeschoss geplanten Wohneinheiten barrierefrei errichtet.

Die Vorsitzende verliest den Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Der Planungsausschuss beschließt,

das Einvernehmen der Gemeinde gemäß §§ 31 und 36 Abs. 1 für das Bauvorhaben „Neubau eines Mehrfamilienhauses“ in der Hanna-Lucas-Straße 6 in Wedel zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig (bei Abwesenheit von Herrn Dutsch)

10 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	10	0	0
CDU-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0

6 Aufhebung des Bebauungsplanverfahrens zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 27d "Geestrand" sowie der zugehörigen 35. Änderung des Flächennutzungsplan **BV/2023/170**

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen findet die Beschlussvorlage grundsätzlich einleuchtend, hätte jedoch noch Fragen, die sie schriftlich einreichen würde und von der Verwaltung gerne beantwortet hätte. Daher wird darum gebeten, den Punkt zu vertagen.

Die SPD-Fraktion bittet ebenfalls um Vertagung, um den Investor zunächst sein neues Konzept vorstellen zu lassen.

Herr Grass erwidert, dass selbstverständlich die Fragen schriftlich eingereicht werden können und von der Verwaltung dann beantwortet werden. In der Vorlage sei der gesamte Sachverhalt sauber beschrieben. Nach dem langen Zeitraum, der seit dem Aufstellungsbeschluss vergangen ist, wurden die Voraussetzungen für das Verfahren intensiv betrachtet, gerade weil der Planungsausschuss in den letzten Jahren mehrfach die Weiterführung des Verfahrens abgelehnt hat. Was ursprünglich an dieser Stelle von den damaligen Eigentümern geplant wurde, waren große Grundstücke mit villenartiger Bebauung. Wenn nun eine neue Planung begonnen werden sollte, auf einem einzelnen Grundstück, dann sollte ein neuer Beschluss gefasst werden. Damit sei nicht die Aussage verbunden, dass es an dieser Stelle nie eine Entwicklung geben wird, lediglich das bisherige Verfahren, was nicht mehr aktuell sei, sollte abgeschlossen werden. Aber natürlich sei auch eine Vertagung möglich. Die CDU-Fraktion sieht keine Hinderungsgründe für eine heutige Beschlussfassung. Niemand können wollen, dass dort eine Splittersiedlung entstünde, vielmehr müsse dann das gesamte Gebiet überplant werden, auch um den sozialen Wohnungsbau und die Infrastrukturabgabe für die Stadt zu sichern. Die Fraktion wird daher für die Beschlussvorlage stimmen. Die SPD-Fraktion bittet die Verwaltung um Information zu den Fördermöglichkeiten für den sozialen Wohnungsbau.

Herr Grass erläutert, dass es drei Förderwege mit unterschiedlichen Förderquoten gibt. Die Verwaltung wird dazu Informationen zusammenstellen und an die Planungsausschussmitglieder verschicken.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen bittet um Auskunft, ob das derzeitige Gartencenter am Ortsausgang auch relevant in der Betrachtung sei und man eventuell die Eigentümer zu Gesprächen einladen solle.

Herr Grass weist darauf hin, dass es im Ermessen des Eigentümers liege, ob dort eine Entwicklung stattfinden soll. Derzeit handle es sich im Flächennutzungsplan um eine Fläche für die Landwirtschaft und somit Außenbereich nach § 35 BauGB, insofern müsse bei einer Entwicklung auch der Flächennutzungsplan angepasst werden. Wenn die Eigentümer auf die Stadt zukommen sollten, könnten die Vorstellungen von der Verwaltung geprüft und von der Politik beraten werden. Insgesamt sollte jedoch auch dort, wie an anderen Stellen in der Stadt, die Quartiersentwicklung im Auge behalten werden.

Die FDP-Fraktion schließt sich der Meinung der CDU zur heutigen Beschlussfassung an. Ein neues Konzept sollte von Beginn an sauber geplant werden. Zunächst wäre es jedoch wünschenswert, über die von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen beantragten Ideen für attraktives Wohnen in Wedel zu beraten, beispielsweise im Wohnungswirtschaftlichen Dialog. Die Vorsitzende bitte um Abstimmung zu den Vertagungsanträgen von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und der SPD-Fraktion.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja / 6 Nein / 0 Enthaltung

Abgelehnt

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	5	6	0
CDU-Fraktion	0	4	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	0	1	0
FDP-Fraktion	0	1	0

Die Vorsitzende lässt anschließend über die Beschlussempfehlung an den Rat abstimmen.

Beschlussempfehlung:

Der Rat der Stadt Wedel beschließt

1. die Aufhebung des Bauleitplanverfahrens zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 27d „Geestrand“,
2. die Aufhebung des Bauleitplanverfahrens zur 35. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Wedel,
3. die Aufhebung der 4. Teilfortschreibung des Landschaftsplans der Stadt Wedel sowie
4. die Aufhebung des Grünordnungsplans zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 27d „Geestrand“.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja / 2 Nein / 3 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	6	2	3
CDU-Fraktion	4	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	0	0	3
SPD-Fraktion	0	2	0
WSI-Fraktion	1	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0

7 Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"

7.1 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung

Herr Grass berichtet, dass die Ausschreibungsunterlagen für die Hochbauten (Kiosk, Toiletten, Hafenmeisterhaus) auf der Ostpromenade und die Arbeiten an der Freianlage Strandbad vorbereitet werden.

Die FDP-Fraktion fragt, ob nicht auch öffentliche Toiletten im Hotel zur Verfügung stünden.

Herr Grass erläutert, dass diese eigentlich für den Hafenbetrieb und nur übergangsweise für die Öffentlichkeit zur Verfügung stehen werden.



8 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

8.1 Bericht der Verwaltung

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen hatte darum gebeten, dass der Planungsausschuss sich mit einer Wohnungsmarktkonzeption befassen möge. Die Verwaltung hat sich dazu erste Gedanken gemacht, die Herr Grass anhand einer Präsentation erläutert. Die Präsentation ist als Anlage zur Sitzung im Bürgerinformationssystem hinterlegt.

Herr Grass macht deutlich, dass Wedel mit seinem Natura2000-Gebiet, dem Klövensteen, der Marsch und der Elbe ein wunderbarer Wohnstandort ist. Der Fachdienst Stadt- und Landschaftsplanung würde sehr gerne mit der Politik gemeinsam daran arbeiten, dass Wedel noch attraktiver wird. Es müsse nun überlegt werden, ob in einer Arbeitsgruppe bereits gestartet werden soll, oder möglicherweise im nächsten Jahr finanzielle Mittel eingeworben werden können. Auch eine Förderung könne geprüft werden.

Die WSI-Fraktion dankt der Verwaltung für die Vorbereitung und würde gerne starten, dies sei wichtig und täte der Stadt gut.

Auch die FDP-Fraktion dankt und spricht sich für einen schnellen Start aus.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen schließt sich an. Es sei auch hervorzuheben, dass es bereits in der Vergangenheit tolle Projekte gegeben habe. Zudem sei es trotz Nachverdichtung gelungen, als Stadt kompakt zu bleiben und an den Rändern nicht auszufransen.

Die SPD-Fraktion dankt ebenfalls, insbesondere im Rückblick sei aufschlussreich gewesen, wie sich die Prämissen verändert hätten.

Frau Kärgel merkt an, dass bei städtebaulichen Grundsätzen auch die Art der Baustoffe eine Rolle spielen sollte.

Herr Grass bestätigt, dass man sich Gedanken zum nachhaltigen Bauen machen muss. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen sei oft ein Verfechter gewesen, über Holzbauweise nachzudenken, die Investoren würden sich auch damit beschäftigen. Was jedoch als verbindliche Vorgabe der Stadt festgelegt wird, muss gemeinsam erarbeitet werden. Es wäre nicht hilfreich für den Wohnungsmarkt in Wedel, wenn Bauträger vollkommen abgeschreckt würden, in Wedel zu investieren. Durch die Veränderung in der Gesellschaft befände sich derzeit auch im Baubereich viel im Umbruch, daher ist auch vieles gemeinsam mit den Bauherren zu erreichen.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen würde die Kreislaufwirtschaft dem Begriff „nachhaltiges Bauen“ vorziehen. In Holland gebe es auch bereits Beispiele, wie bereits beim Neubau die spätere Recycling-Fähigkeit der Baustoffe im Falle eines Rückbaus gesichert werden könne. Auch sollte öfter darüber nachgedacht werden, das Dach- oder Staffelgeschoss aus Holz herzustellen.

Der Seniorenbeirat begrüßt die Erarbeitung eines Konzeptes und erinnert daran, dass ein Drittel der Wedeler Bevölkerung Senioren sind.

8.2 Anfragen der Politik

8.2.1 Anfrage der SPD-Fraktion; hier: Planungen von zwei Kitas und einer Schule bzw. einem Schulzentrum im Planungsgebiet Wedel Nord

ANF/2024/001

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Die SPD-Fraktion fragt nach dem weiteren Vorgehen.

Die CDU-Fraktion verweist auf den noch ausstehenden Prioritäten-Workshop der Politik.

Herr Grass bestätigt, dass vor einer weiteren Planung die Politik Entscheidungen hinsichtlich Schulen und Kitas treffen muss. Eine Zeitverzögerung entstünde nicht, weil das Planungsrecht dann parallel zu der Hochbauplanung geschaffen werden kann.

Die FDP-Fraktion weist darauf hin, dass die inhaltliche Diskussion im BKS-Ausschuss erfolgen muss.

8.2.2 Sonstige Anfragen der Politik

Die FDP-Fraktion fragt nach dem fehlenden Ortseingang-/ Ortsausgangsschild an der Pinneberger Straße. Während stadteinwärts immerhin eine Begrenzung auf 50 km/h angezeigt werde, fehle Ortsausgangs die Aufhebung der Geschwindigkeitsbegrenzung. Die Verwaltung wird sich beim zuständigen Fachdienst erkundigen.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen fragt nach dem Sachstand zu den baupolitischen Grundsätzen, es sei schon einige Zeit vergangen, seit der Planungsausschuss die Verwaltung beauftragt hatte, einen Entwurf vorzulegen. Vielleicht sei es möglich, Teilaspekte oder eine Synopse vorzulegen.

Herr Grass bestätigt, dass es durch das Ausscheiden der Fachbereichsleitung hier zu einer Verzögerung gekommen war. Hinzu kam der neue Auftrag bezüglich eines Wohnungsmarktkonzeptes. Beides müsse parallel und nicht für sich allein betrachtet werden. Die Verwaltung hat bereits eine Synopse zu den baupolitischen Grundsätzen der Stadt Schenefeld erstellt. Dabei wurde deutlich, dass viele dort aufgenommenen Punkte bereits seit längerer Zeit bei der Stadt Wedel vorhanden seien. Die Synopse kann gerne als erstes Arbeitspapier zur Verfügung gestellt werden, ist jedoch noch keine perfekte Ausarbeitung. Sie könne aber beispielsweise auch als erste Grundlage bei den Überlegungen zum Wohnungsmarktkonzept dienen.

8.3 Sonstiges

Es werden keine weiteren Anfragen gestellt.

Anschließend bedankt sich die Vorsitzende bei der Öffentlichkeit und schließt diese um 20:18 Uhr für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte aus.

Öffentlicher Teil

11 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Die Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit um 21:09 Uhr wieder her, im nichtöffentlichen Teil wurden keine Beschlüsse gefasst.

Anschließend bedankt sich die Vorsitzende bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 21:10 Uhr.

Vorsitz:

gez. Bergstein

Johanna Bergstein

Protokollführung:

gez. Matthies

Katrin Matthies

